

Rezension: Elke Grawert & Zeinab Abul-Magd (Hg.): Businessmen in Arms. How the Military and other Armed Groups Profit in the MENA Region

Ruf, Werner

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ruf, W. (2017). Rezension: Elke Grawert & Zeinab Abul-Magd (Hg.): Businessmen in Arms. How the Military and other Armed Groups Profit in the MENA Region. [Rezension des Buches *Businessmen in arms: how the military and other armed groups profit in the MENA region*, hrsg. von E. Grawert, & Z. Abul-Magd]. *PERIPHERIE - Politik, Ökonomie, Kultur*, 37(3), 517-519. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-58849-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Vergangenheit Irlands und die sich daraus ergebenden soziopolitischen Verwerfungen und Konstellationen, arbeitsmarktpolitische und gewerkschaftliche Fragen im Vordergrund. Allerdings hat wohl die Orientierung am Leitfaden Gramscis, der ja nicht nur Theoretiker, sondern auch kommunistischer Politiker in der spezifischen Atmosphäre der 1920er und 1930er Jahre war, dazu geführt, dass Strukturzusammenhänge vor allem unter dem Aspekt der Lohnabhängigkeit untersucht werden. Andere Lebensverhältnisse oder soziale Beziehungen wie Gender kommen zwar in den Blick, erscheinen aber als nachgeordnet und werden kaum in die theoretische Diskussion einbezogen. Dies ist eine deutliche Begrenzung der hier geführten Debatte, entwertet sie aber keineswegs.

Man mag fast bedauern, dass die Zuspitzung, die gerade im Sinne „verfehlter Bündnisse“ durch den Erfolg nativistischer Demagogie nach der „Flüchtlingskrise“ 2015 eingetreten ist, nicht mehr in diesem Band berücksichtigt wurde. Wichtige analytische Anregungen und die Vorstellung eines begrifflichen Instrumentariums zum besseren Verständnis dieser drängenden Probleme enthält die Sammlung allemal.

Reinhard Kößler

Elke Grawert & Zeinab Abul-Magd (Hg.): *Businessmen in Arms. How the Military and other Armed Groups Profit in the MENA Region*. Lanham, US-MD: Rowman & Littlefield 2016, 315 Seiten

Dieser Sammelband unternimmt den Versuch, die wirtschaftliche Rolle des Militärs in Nahost und Nordafrika zu untersuchen. Er stellt Fallstudien zu

Ägypten, Pakistan, Türkei, Iran, Jordanien und Sudan vor. Verdienstvoll ist, dass er nicht nur staatliche, sondern auch nichtstaatliche Gewaltakteure (*Nonstate Armed Groups*, NSAG) in drei weiteren, durch Staatszerfall gekennzeichneten Ländern in den Blick nimmt: Jemen, Libyen und Syrien. Jenseits der historisch bedingten, teilweise aus der Zeit des Kalten Krieges stammenden Strukturen der untersuchten bewaffneten Kräfte bleibt die zentrale Fragestellung, wie es diesen Akteuren gelungen ist bzw. aktuell nach dem „Arabischen Frühling“ gelingt, ökonomische Ressourcen unter ihre Kontrolle zu bringen und ein eigenständiges militärisches Unternehmertum aufzubauen, das sich (zentralstaatlicher) Kontrolle entzieht, ja geradezu zu einem bestimmenden Faktor der Ökonomien, auch als „Frankenstein-Militärökonomie(n)“ (xii) bezeichnet, und der Politik dieser Länder wird.

Jenseits der profunden Analysen und weitreichenden Erkenntnisse, die die Fallstudien liefern, zeigt der von den Autorinnen und Autoren gewählte politökonomische Ansatz seine Fruchtbarkeit: Deutlich wird in sämtlichen Fällen, wie wirtschaftliches Wachstum und die Jagd nach Profiten längst zur zentralen Tätigkeit des Militärs geworden ist, die dessen eigentlich Bestimmung, die Wahrung der nationalen Sicherheit überlagert hat. Als eine Art neue Klasse, die zu Recht *Bourgeoisie* genannt wird, ist das Militär nicht nur als Gewaltakteur, sondern vor allem als oft hoch modernes Unternehmertum die zentrale Kraft im Staate. In seinen Aktionen unterscheidet es sich im Kern nicht von den nichtstaatlichen Gewaltakteuren, die in zerfallenen oder zerfallenden – man könnte auch sagen: von außen zerstörten – Staaten

zentrale Sektoren der Ökonomie kontrollieren und mit einem nur graduell höheren Maße an Kriminalität ihre wirtschaftlichen Interessen verfolgen.

Die ökonomischen Aktivitäten des Militärs reichen – mit nennenswerten Unterschieden in der Schwerpunktsetzung von Land zu Land – von oft gewalttätiger Landnahme mit dem Ziel der Schaffung kapitalintensiver und rationalisierter landwirtschaftlicher Produktion über Investitionen in der Petro- und chemischen Industrie, Bergbau, touristische Infrastruktur, Waffenproduktion (oft in Form von *joint ventures* mit ausländischen Unternehmen) bis zu Pensionsfonds und Stiftungen, aber auch Schmuggel und Erpressungen. Diese beiden zuletzt genannten Geschäftsmodelle stehen im Vordergrund der Aktivitäten nichtstaatlicher Gewaltakteure, für die Drogen- und Menschenhandel wichtige zusätzliche Einkommensquellen sind. Hinzu kommt der Verkauf von Rohstoffen, insbesondere Erdöl.

Diese Fülle der Empirie wird von der Mitherausgeberin *Elke Grawert* eingebettet in eine theoretisch fundierte Einleitung, die die zentralen Fragestellungen des Buchprojekts entwickelt, und in eine Schlussbetrachtung, die in einer verdichtenden und theoretisierenden Analyse die Ergebnisse der Einzelstudien zusammenfasst. Zwei Fragen stehen dabei im Vordergrund: Erstens betont Grawert mit Blick auf den „arabischen Frühling“ den Zusammenhang zwischen Macht und Einfluss des Militärs und der Unterdrückung und Marginalisierung der Zivilgesellschaften in der Region. Dies sei nicht zuletzt das Resultat der Politik des Westens, der stets das Militär als Garanten der Stabilität gestützt habe. Dass die in diesen Ländern gewachsenen

militärischen Strukturen nicht nur die Herausbildung zivilgesellschaftlicher Formationen behinderten und weiterhin zu verhindern versuchen, sondern auch die Re-Etablierung autoritärer Regime (zumindest in Ägypten und Sudan) sowie den Zerfall der Staatlichkeit in eine Vielzahl nichtstaatlicher Gewaltakteure (Libyen, Syrien, Jemen) zur Folge hatten, widerspricht in erfrischender Weise jener Flut von Arbeiten, die, meist kulturologisch fundiert, den *arab exceptionalism* beschworen und den Araberinnen und Arabern die Unfähigkeit zur Errichtung demokratischer Systeme bescheinigt hatten. Der „arabische Frühling“ machte dieser These den Garaus; das militärische Unternehmertum hat jedoch ein genuines Interesse an der Verhinderung jedweder öffentlicher und demokratischer Kontrolle.

Der zweite, wohl wichtigste und dem polit-ökonomischen Ansatz zu verdankende Befund betrifft die geschmeidige Eingliederung der Militärökonomien in das global herrschende neoliberale System, obwohl die Militärökonomien auf den ersten Blick in eklatantem Widerspruch zu den Prinzipien der Marktfreiheit zu stehen scheinen. Als genialer Schachzug der militärischen Unternehmer muss gesehen werden, dass sie es vermochten, enge Verbindungen mit globalen ökonomischen Akteuren herzustellen, sei es im Bereich der Rüstungsindustrien oder auch der internationalen Finanzinstitutionen. Dies gelang durch die Internationalisierung der Unternehmen und die Beteiligung ausländischer Investoren, meist aus den Golfstaaten. Konform dem neoliberalen Dogma betrieben die militärischen Unternehmer einerseits die Exportorientierung, andererseits setzten sie im

Interesse der Gewinnorientierung ihrer Unternehmen Strukturanpassungsaufgaben des IWF durch, indem sie Subventionen kürzten, Gewerkschaftsrechte einschränkten oder abschafften und den Arbeitsmarkt deregulierten. All dies war und ist durchsetzbar mit Hilfe des Gewaltmonopols, über das diese Akteure verfügen, sowie aufgrund der Tatsache, dass das Militärbudget Geheimhaltungsaufgaben unterliegt, mithin die Finanzströme in diesem Sektor meist unkontrollierbar sind. So fördert der Neoliberalismus die Transformation des Militärs in eine kapitalistische Elite.

Dieser Band liefert die Grundlagen zum Verständnis von Politik und Gesellschaft in der Region, er ruft geradezu nach Fortsetzung und Vertiefung am Beispiel weiterer Länder – wie der Golfstaaten oder der Militärökonomien Algeriens und Marokkos – und darüber hinaus.

Werner Ruf

Alke Jenss: *Grauzonen staatlicher Gewalt. Staatlich produzierte Unsicherheit in Kolumbien und Mexiko*. Bielefeld: transcript 2016, 491 Seiten

Diese zugleich sehr breite und sehr gründliche Studie ist in einem doppelten Sinn brandaktuell. Erstens nimmt sie die aktuelle Renaissance poulantzianischer Staatstheorien auf und füllt die dort bestehende Lücke in der Analyse peripherer gesellschaftlicher und staatlicher Transformationen. Zweitens berührt sie sehr wichtige gegenwärtige Entwicklungen in Lateinamerika sowohl im Kontext des prekären kolumbianischen Friedensprozesses zwischen Regierung und FARC-Guerilla als auch im Kontext

der rassistischen Diskurse gegen angebliche mexikanische Gewalttäter_innen, die in den USA den Bau einer „Mauer“ zu Mexiko antreiben.

Seit Frantz Fanon (1981 [1966]) steht die Frage der Gewalt im Fokus der Analyse kolonialer (und post-kolonialer) Räume bzw. Gesellschaften. Gegen die eurozentrische Projektion einer diffusen Endemie von Gewalt im Globalen Süden richtet die Autorin unter Bezug auf Nicos Poulantzas' Konzeption des kapitalistischen Staats als „materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses“ (Poulantzas 2002: 159) ihre kritisch-materialistische Analyse auf Zusammenhänge zwischen bestimmten historisch geprägten und sich verändernden sozialen bzw. ökonomischen Kräfteverhältnissen, den Formen ihrer staatlichen Verdichtung und der spezifischen Rolle, die Gewalt als „relationale Kategorie“ (93) darin einnimmt.

Im für einen Überblick über europäische und lateinamerikanische Staatsdebatten sehr nützlichen theoretischen Teil der Arbeit (37ff) leistet Jenss einen wichtigen qualitativen Beitrag zu einer neo-poulantzianischen Entschlüsselung des Konzepts der „peripheren Staatlichkeit“, indem sie es von essenzialistischen und idealistischen Fehldeutungen befreit. An die Stelle reduktionistischer Auffassungen über „failed states“ oder „schwachen Staaten“, die periphere lateinamerikanische Staatlichkeiten als defizitäre Abweichung von einem westlichen Ideal des staatlichen Gewaltmonopols deuten und Gewalt als gesellschaftliches Problem der (Drogen-)Kriminalität außerhalb des Staates verorten, tritt eine relationale Perspektive, die „im Staat selbst und am Verhältnis Staat/Gesellschaft“ (23) ansetzt: Illegalität und